Editorial

Joachim Becker und Assimina Gouma

Das Versprechen der Freiheit in kapitalistischen Systemen und modernen Demokratien lässt auf den ersten Blick "Zensur" als ein anachronistisches Thema erscheinen. Zensur ist aber ein dynamisches Phänomen, das diachron sowohl autoritäre Regimes als auch liberale bzw. deliberative Öffentlichkeiten betrifft.

Komplexe und ungleiche Gewalt- und Machtverhältnisse sind die Grundlage von Zensurphänomenen: Sie schaffen die Bedingungen für unterschiedliche Ausprägungen von Zensur wie Selbstzensur und silencing. Dabei geht es nicht nur um politische Macht, sondern auch um wirtschaftliche Interessen, technokratische Strukturen, Medienkampagnen, Persönlichkeitsschutz, Desinformation, Privilegienkulturen etc. Die Einführung der social media als die Mittel der grenzenlosen Partizipation und freien Öffentlichkeit zeigt eindrücklich wie stark die Euphorie des technologischen Determinismus durch die Macht globaler Datenkonzerne, Gewalt und Hass im Netz, "alternative Fakten", truth games etc. relativiert wurde. Jayson Harsin (2015) spricht in diesem Fall überhaupt von einer "pseudopolitischen Partizipation". Auch Séverine Arsène (2011) gibt wider den großen Erwartungen zu bedenken, dass auch staatliche und soziale Akteur*innen sich den neuen Verhältnissen anpassen: "Such censorship can take various forms, be they technical (URL or keyword filters), legal (holding service providers accountable), or social, by relying on social expectations and self-censorship." (ebd: 54) Während der Corona-Pandemie wurde vor allem das politische Handlungssprektrum gegenüber Medien, Information und Desinformation auf unterschiedliche Weise deutlich.

Zensurpraktiken in der Pandemie

Die COVID-19-Krise mit ihren potenziell und teils auch real ansteigenden sozialen Spannungen war bereits in der ersten Phase Anlass für verschiedene Regierungen sowohl in der Gesetzgebung als auch in der Praxis Maßnahmen der Zensur zu ergreifen. Die ungarische Regierung verabschiedete gleichzeitig mit einer außerordentlichen Notstandsgesetzgebung eine Verschärfung der Pressegesetzgebung, die Falschinformationen zur Pandemie bzw. Pandemiebekämpfung mit bis zu fünfjähriger Haft bedrohte (FAZ 2020: 1, Wiseman 2020). Bei Beiträgen in sozialen Medien, nicht aber in der etablierten Presse schritt die Polizei tatsächlich ein. Die mit der Gesundheitskrise verbundene Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage der Medien ermöglichte es Fidesz, den bereits sehr starken Einfluss im Medienbereich weiter auszubauen. Im März kam es zu Verschiebungen in der Eigentümerstruktur innerhalb des Firmengeflechts des wichtigsten unabhängigen Nachrichtenportals, Index.hu. Zur Schlüsselfigur avancierte der Fidesz-Vertraute Miklós Vazily, der bereits das Nachrichtenportal Origo zugunsten der Regierungspartei umgedreht hatte. Diese Verschiebungen zogen Konflikte mit der Redaktion,

die Entlassung des Chef-Redakteurs und die darauf erfolgende Kündigung seitens fast der gesamten Redaktion nach sich. Fidesz hatte Anstoß an Berichten über einen Skandal um den damaligen Bürgermeister von Györ im Vorfeld der letzten Kommunalwahlen, die über Index verbreitet wurden, genommen. Der Skandal galt manchen als ein wichtiger Faktor für Wahlniederlagen von Fidesz in Großstädten (vgl. Keller-Alánt 2020). Die absehbare Veränderung der Linie von Index hat erkennbar politische Konnotationen.

Über die Gesetzesänderungen und den Fall von Index in Ungarn ist in den internationalen Medien breit berichtet worden. Doch sind dies nicht die einzigen Fälle in Europa. In Rumänien wurden ebenfalls Notstandsdekrete erlassen, die den Behörden die Entfernung von Beiträgen bzw. die Schließung von Websites im Fall von Falschnachrichten über den Virus erlauben. Eine Berufung ist nicht möglich (Wiseman 2020). In Bosnien und Herzegowina verabschiedeten beide Entitäten, aber auch die Gemeinde Stari Grad Sarajevo, Bestimmungen die es der Polizei erlauben, bei Stellungnahmen in den sozialen Medien einzugreifen, welche die Maßnahmen der Krisenstäbe konterkarieren. So bedrohte Stari Grad Sarajevo unter anderem "Panikmache" mit Strafen von 500 bis 4500 Euro. Für Nidžara Ahmetašević (2020) ist der Fokus auf den sozialen Medien nicht überraschend, da es in den etablierten Medien einen starken Druck in Richtung Selbstzensur auf die JournalistInnen gäbe. In Serbien wurde sogar eine Journalistin, Ana Lalić, kurzzeitig inhaftiert, da sie über fehlende Schutzmaßnahmen im Klinikzentrum Vojvodina berichtet hatte (Drčelić 2020).

Bei diesen Fällen zeigen sich teils klassische Formen der Zensur – Verbote bestimmter Formen der Berichterstattung, Strafandrohungen und Inhaftierungen – aber auch die Verschiebungen im Objekt der Zensur. Deutlich wird auch, dass bei Zensur nicht nur der direkte staatliche Eingriff, sondern auch ökonomischer Druck und politisch beeinflusste Firmenübernahmen im Mediensektor als "weiche" Form der Zensur eine Rolle spielen können. Zensur ist nicht auf Medien beschränkt, sondern betrifft über harte und weiche Maßnahmen auch andere Institutionen der intellektuellen und kulturellen Produktion, aber auch von Bildung und Ausbildung.

Klassische harte Formen der Zensur in Medien, Wissenschaft und Kultur haben mit dem Aufstieg rechtsnationalistischer Kräfte an Bedeutung gewonnen. Sie haben aber auch subtiler auf Kaderpolitik und des ökonomischen Drucks auf Medien, Universitäten und Kulturinstitutionen zurückgegriffen, um alternative Vorstellungen zu verdrängen und einem Meinungsbildungsmonopol näher zu kommen. Die liberalen Reaktionen auf die Infragestellung der Meinungsführerschaft erfolgt vor allem über die Sanktionierungen von "Hasssprache" in den sozialen Medien. Durch die Delegierung von Eingriffen an die privaten Kommunikationsplattformen erfolgt hier in gewisser Weise eine Privatisierung der Zensur. Der verstärkte Trend zur Zensur in den verschiedenen Formen ist Ausdruck geschwächter Hegemonie im Fall liberaler, noch relativ schwacher, zuweilen aber auch bereits geschwächter Hegemonie bei der nationalistischen Rechten. Linkskräfte sind in den meisten Fällen eher in die Opposition zu finden und primär Objekt von Zensur.

Klassische staatliche Zensur

Die klassische Form der Zensur besteht in Verboten von Büchern, Medien, Filmen, künstlerischen Objekten. Die Vorabzensur ist mittlerweile eher unüblich, stattdessen geht es eher um nachträgliche Verbote. Diese Verbotsmöglichkeiten sind oftmals in breitere Sicherheitsgesetze eingelassen. Verbote werden dann mit Gefährdung der inneren Sicherheit, Förderung des Terrorismus, Verletzung religiöser Gefühle etc. begründet. Im Fall der Erklärung eines Ausnahmezustandes – wie das vielfach in verschiedenen Varianten während der COVID-19-Krise der Fall war bzw. ist – werden Zensureingriffsmöglichkeiten oft erweitert und verschärft.

Am Fall der Türkei lassen sich die Wirkungsweisen der klassischen staatlichen Zensur deutlich illustrieren. Die Türkei hat eine sehr "wage" Gesetzgebung zu terroristischen Vergehen. Bei der großen Mehrheit der 230 JournalistInnen, die seit Erklärung des Ausnahmezustandes im Juli 2016 inhaftiert wurden, geschah dies unter Berufung auf die Anti-Terror-Gesetzgebung (#FreeTurkey Journalists 2019: 28 ff.). Verfahren nach Art. 299 (Beleidigung des Präsidenten) bzw. 301 (Beleidigung des Staates) sind sehr häufig, allein zwischen 2014 und 2017 wurden 12.300 Verfahren unter Berufung auf diese Artikel eröffnet (#FreeTurkeyJournalists 2019: 12). Durch zwischen 2016 und 2018 erlassene Dekrete des Ausnahmezustandes wurde die bereits umfassende Anti-Terrorismus-Gesetzgebung und umfassende Beschränkungen für öffentliche Meinungsäußerungen weiter verschärft. Einige Bestimmungen wurden nach Beendigung des Ausnahmezustandes durch das Gesetz Nr. 7145 in die normale Gesetzgebung übernommen (#FreeTurkeyJournalists 2019: 28). Die türkische Justiz steht unter starken Druck und ist politisch massiv gesäubert worden. Damit ist die Rechtsstaatlichkeit stark beeinträchtigt. Gelegentlich gibt es trotzdem Urteile zugunsten der aus politischen Gründen Angeklagten. Verbote von Verlagen, Zeitschriften, Nachrichtenportalen, Büchern ist eine in der Türkei lang verbreitete Praxis, die unter dem Ausnahmezustand eine weitere Eskalation erfuhr. Deutlich weitete die türkische Regierung 2018 die Kompetenzen des Hohen Rates für Radio und Fernsehen, so dass dieser nun auch kleine Online-Radio und -Fernsehspots kontrollieren kann (#FreeTurkeyJournalists 2019: 37 f.). Unabhängige MedienmacherInnen waren auf diese Option ausgewichen, als die elektronischen Medien sehr stark auf Regierungslinie gebracht worden waren. Die jüngste Initiative der türkischen Regierung zielt auf eine Kontrolle der Internet-Provider und damit der sogenannten sozialen Medien (Hermann 2020: 8). Auch am türkischen Fall wird erkennbar, dass es neben der Kontrolle der etablierten Medien zunehmend auch um staatliche Zensur und Kontrolle bei den sozialen Medien geht.

Zensur kann sich auch auf den akademischen Bereich beziehen. Auch hierfür ist die Türkei ein drastisches Beispiel. Dort unterzeichneten Anfang 2016 1128 WissenschaftlerInnen eine Erklärung gegen das aggressive Vorgehen der türkischen Sicherheitskräfte in der Südosttürkei und für eine politische Erklärung. Hierauf reagierte Staatspräsident Recep Tayyip Erdoğan mit scharfen Repliken, in der er unter anderem erklärte: "Du kannst auf Seite des Staates oder der Terroristen, terroristischer Organisationen sein" (zit n. Özkırımlı 2017: 852). Es folgten Strafverfolgen unter Berufung auf die Terrorismus-Gesetzgebung und Entlassungen seitens der Universitäten. Mit dem Ausnahmezustand wurde die Entlassungspraxis zentralisiert. Nun wurden große Gruppen der UnterzeichnerInnen der Erklärung für den Frieden, die sich AkademikerInnen für den

Frieden organisierten, auf Empfehlung der jeweiligen Universitäten per Dekret entlassen. Damit wurde ihnen gleichzeitig auch der Pass entzogen, womit sie auch das Land nicht mehr verlassen konnten. Die AkademikerInnen für den Frieden initiierten eine sehr sichtbare Kampagne in der Türkei - mit starker Resonanz außerhalb. Sie erzielten einen juristischen Erfolg, da das Verfassungsgericht, wenn auch denkbar knapp, befand, dass die Verfolgung der AkademikerInnen für den Frieden wegen "Terrorpropaganda" deren Recht auf Meinungsfreiheit verletzen. Das Urteil ist für alle anderen Gerichte bindend (BİA News Desk 2019). Die Entlassungen sind nicht rückgängig gemacht worden. Das Klima der Einschüchterung im wissenschaftlichen Bereich bleibt. Nicht immer ist die juristische Verfolgung wegen Meinungsdelikten von WissenschaftlerInnen so explizit. In Brasilien nahm sie im Kontext auch heftiger Propagandakampagnen die Form von Strafverfolgungen wegen angeblicher Malversationen und ähnlichem an, wie Wagner Romão und Josué Medeiros in ihrem Beitrag zu Brasilien aufzeigen. Der Zusammenhang zwischen politischen Kampagnen gegen missliebige WissenschafterInnen und juristischem Verfolgungsdruck, wie er hier am Beispiel der Türkei und auch Brasiliens aufgezeigt wird, ist für Tendenzen harter Zensur im Wissenschaftsbereich typisch.

Sektorale Regulierungen, Kaderpolitik und ökonomischer Druck

Zensur kann auch weichere Formen als die unmittelbare Repression annehmen. Beispielsweise sind das Verfahren von Lizenzvergaben bei Medien, Registrierungspflichten für JournalistInnen, Regulierungen und Durchgriffsrechte bei öffentlichen Medien, Durchgriffsrechte bei der Bestellung von UniversitätsrektorInnen. Aber auch ökonomischer Druck, der von staatlichem Anzeigenboykott unliebsamer Medien, über Finanzkürzungen für unliebsame öffentliche Universitäten und Forschungseinrichtungen reichen kann. Eine in verschiedenen Ländern erkennbare Praxis ist die Übernahme von Medien durch Geschäftsleute, die Regierungsparteien, die den Charakter von Staatsparteien annehmen, oft mit staatlicher Hilfestellung. Relativ stark beachtete Fälle betreffen Ungarn und die Türkei (z.B. Vásárhelyi 2017, Bajomi-Lázár 2020, Aydın 2014). Hohe Medienkonzentration und eine in Schlüsselfragen ziemlich einheitliche Meinungsorientierung ist allerdings auch in Ländern erkennbar, denen üblicherweise ein hoher Grad der Medienfreiheit zugeschrieben wird. So war im Vorfeld der französischen Präsidentschaftswahlen, wie Éric Stemmelen (2019) in seiner Chronik herausarbeitet, eine stark konkordante Kampagne der in den Händen weniger Familien konzentrierten französischen Medien zugunsten des neoliberalen Kandidaten Emmanuel Macron festzustellen. Insofern sind offenbar auch in Strukturen hochgradiger Medienkonzentration Formen der (informellen) Zensur eingeschrieben.

Privatisierung der Zensur und staatliche Kontrolle

Relevant für das Verständnis der aktuellen Dynamik von offiziellen und inoffiziellen Zensurmechanismen ist die Unterscheidung zwischen regimes of truth (ROT) und regimes of posttruth (ROPT). (Harsin 2015) In Wahrheitsregimen – ROT – tragen Zensurphänomene dazu bei, gesellschaftlichen Systemen (Medien/Öffentlichkeit, Politik, Bildung, Wissenschaft) die Produktion hegemonialer Wahrheit aufzuzwingen und die sozialen AkteurInnen zu disziplinieren. In der Geschichte der disziplinierten Gesellschaften entstanden jedoch häufig Konflikte, die zu politischen Zäsuren führten.

ROPT setzen indes "societies of control" voraus, in denen u.a. die Beobachtung sozialer AkteurInnen privatisiert wird: "ROPT emerge out of postpolitical/postdemocratic strategies common to control societies where especially resource rich political actors attempt to use data-analytic knowledge to manage the field of appearance and participation, via attention and affect. (Harsin 2015: 327) Die Privatisierung der Kontrolle der öffentlichen Meinung führt dazu, dass die Konflikte nicht immer auf die staatliche Verantwortung fokussieren können. Die Organisierung gegen Zensurpraktiken wird dadurch erschwert.

Gegenwehr und internationale Unterstützungsnetzwerke

In manchen Fällen gelingt es den von Zensur betroffen, sich selbst zu organisieren oder auf bestehende Interessenorganisationen, wie Gewerkschaften, WissenschaftlerInnenoder KünstlerInnenvereinigungen, bei ihrer Gegenwehr zurückzugreifen. Bei hartem Zensur- und Verfolgungsdruck geht es hierbei oft vordringlich um juristischen Verteidigung, die Schaffung einer kritischen Öffentlichkeit oder auch die Ermöglichung von Exil. Beim Verlust der beruflichen Existenz kann es auch um die Schaffung von alternativen Strukturen der Einkommensgewinnung gehen. Oft sehen sich Betroffene auch vor die Wahl gestellt, ihr jeweiliges berufliches Betätigungsfeld in Journalismus, Wissenschaft oder Kultur zu verlassen oder in von ihnen als weniger problematisch eingeschätzten Institutionen eines Staates mit autoritären Einfärbungen zu arbeiten.

Für Fälle starker Verfolgung und Zensur sind teils auch internationale Unterstützungsnetzwerke für Betroffene entstanden. So ist als Netzwerk für von Repression betroffener WissenschaftlerInnen 1999 das Netzwerk Scholars at Risk gegründet worden, dass sowohl öffentliche Kampagnen unternimmt als auch Arbeitsstipendien für verfolgte WissenschaftlerInnen bereitstellt (Scholars at Risk o.J.). Aus Österreich haben sich die Universität Graz, die Alpen-Adria Universität Klagenfurt, die Wirtschaftsuniversität Wien und die Universität Wien angeschlossen. Im journalistischen Bereich gibt es beispielsweise Reporter ohne Grenzen oder das International Press Institute, bei SchriftstellerInnen beispielsweise die PEN-Clubs.

Wichtig ist es aber auch gegen subtilere Mechanismen der Zensur vorzugehen. Hier müssen sie die jeweiligen Strategien stark auf das jeweilige Feld ausgerichtet sein. Vielfalt ermöglichende öffentliche Förderungsprogramme für Medien, Kultur und Wissenschaft wären hierbei oftmals ein wichtiger Bestandteil. Das gilt auch für plurale öffentliche Medien wie auch potenziell öffentliche Kommunikationsplattformen (statt privater Monopole).

Die Beiträge des Schwerpunkts

Die brasilianischen Sozialwissenschaftler Wagner Romão und Josué Medeiros berichten über die Angriffe des Regierung Bolsonaro in Brasilien gegen die öffentlichen Universitäten und Forschungseinrichtungen sowie linke WissenschaftlerInnen. Die sich in eine umfassendere Wissenschaftsfeindlichkeit einfügende Kampagne beinhaltet politische Hetzkampagnen, Versuche der Kriminalisierung sowie eine gezielte Kürzungspolitik. Dagegen hat sich eine Widerstandsbewegung an den Universitäten formiert, die auf die Schaffung von Gegenöffentlichkeit, juristische Widerstande und auch Ausnutzung der internen Widersprüche des Bolsonarismus setzt.

Kristóf Nagy und Márton Szarvas setzen sich mit den Strategien junger KulturarbeiterInnen angesichts der Kulturpolitik der Orbán-Regierung auseinander. Sie stellen die aktuelle Kulturpolitik in einen längeren Kontext, wobei sie auf eine bereits im Staatssozialismus beginnende Kommodifizierung der kulturellen Sphäre und einen langen Prozess der Prekarisierung der kulturellen Arbeitsverhältnisse im Rahmen einer peripheren Ökonomie verweisen. Unter Bezug auf Pierre Bourdieu unterscheiden sie eine autonome" Kultursphäre, die sich fern von politischen und wirtschaftlichen Einflüssen sieht, und eine stärker kommerzielle Kultursphäre. Beide werden durch die Politik der Regierung Orbán betroffen. Eine neue Form der Politisierung betrifft vor allem Institutionen der als "autonom" wahrgenommen Kultursphäre. KulturarbeiterInnen haben anfangs konfrontative Strategien gewählt, die aber an deutliche Grenzen stießen. Damit gewann die Frage des Umgangs mit offiziellen Kulturinstitutionen mit unterschiedlichen Autonomiegraden als Strategie eine Rolle, vor allem für junge, prekäre KulturarbeiterInnen. Durch die COVID-19 dürfte der Anpassungsdruck auf diese Gruppe von jungen KulturarbeiterInnen noch steigen, wie Kristóf Nagy und Márton Szarvas gestützt auf eine empirische Untersuchung zeigen.

Nima Obaro und Daniela Rechling fokussieren am Beispiel der Basisbildung in Österreich auf die Disziplinierung des Feldes durch politische und technokratische Maßnahmen. Anlass der Auseinandersetzung mit Zensur und Selbstzensur ist die Einführung des verpflichtenden Curriculums im Jahr 2019, das von einer Unternehmensberatung für das Bildungsministerium konzipiert wurde und mit den bisherigen Prinzipien und Tradition der kritischen Basisbildung in Österreich bricht. Sie zeichnen Prozesse des *silencing* nach, die durch die finanzielle Abhängigkeit von der staatlichen Förderung, kurzfristige Verträge und neoliberale Narrativen ein Klima der Alternativlosigkeit und der Resignation produzieren. Sie sprechen trotz des beharrlichen Zuflüsterns, dass laute Kritik die Basisbildung insgesamt in Gefahr bringt, für die Fortsetzung einer kritischen Basisbildung und das Stärken von Demokratisierungsprozessen.

Daniel Moßbrucker untersucht das Phänomen der digitalen Zensur, indem er den Kontrollüberschuss, der bereits durch die technische Möglichkeit entsteht, alle Inhalte im Internet zu überwachen, in den Mittelpunkt stellt. Die Kontrollmaßnahmen Chinas mit der Great Firewall und die Renationalisierung des Internets sind paradigmatisch für die Übersetzung des traditionellen Umgangs mit Kritiküberschuss – einst durch die Systeme der Religion und der Politik – unter digitalen Bedingungen. Die umfassenden Mengen an Daten, die Staaten sammeln, führen aber dazu, dass die Differenz zwischen zensiert und unzensiert verschwindet, weil das digitale Zensurunterfangen die Komplexität des Kontrollüberschusses nicht bewältigen kann. Das Ergebnis dieser Form der

Überwachung und Kontrolle ist daher vielleicht nicht die ursprüngliche Zensurabsicht, sondern die "abgeschreckte Gesellschaft".

"Political Correctness" (PC) ist ein emanzipatives Konzept, das auf den bewussten Umgang mit Sprache abzielt, indem es diskriminierende sprachliche Wendungen verbietet oder tabuisiert. Der Widerstand gegen PC war stets alltags- und medientauglich und inzwischen gilt PC als ein Kampfbegriff der extremen Rechte. Bente Gießelmann skizziert die Diffamierung der PC als Zensur, Denk- und Sprachverbot durch rechte AkteurInnen mit dem Ziel Ressentiments und diskriminierendes Sprechen rund um Migration, Gender, Sicherheit und deutsche Geschichte zu rechtfertigen und zu konservieren. Sie fordert eine Kritik am rechten wie am gesamtgesellschaftlichen Diskurs um PC, um die der Platzierung extrem rechter Inhalte im demokratischen Gewand entgegenzuwirken.

Jenseits des Schwerpunkts: Strategien in und nach der COVID-19-Krise

Im Umgang mit den wirtschaftlichen und sozialen Folgen der COVID-19-Krise werden auch bereits Weichen für die Zeit danach gestellt. Hierzu präsentiert der *Kurwechsel* pointierte Vorschläge verschiedener gesellschaftlicher Organisationen aus verschiedenen Bereichen.

Die COVID-19-Krise hat auch die Produktion des Kurswechsel-Heftes betroffen. Wegen der besonderen Arbeitsbelastungen angefragter Autorinnen und Autoren sind einige der vorgesehenen Beiträge ausgefallen. Gleichzeitig hat die Frage von Gesundheitsnotstand und Zensur auch inhaltlich Eingang in das Heft gefunden.

Literatur

Ahmetašević, Nidžara (2020): Nema potrebe za medijskim pritiskom un BiH. In: Bilten, 24.4.2020 (www.bilten. org?p=32379; 24.4.2020)

Arsène, Séverine (2015): From self-censorship to social protest. Speaking out online in an authoritarian context. In: Revue française de science politique (English), 61. Jg., H. 5, 53-74.

Aydın, Uraz (2014): The Media in Turkey: From Neoliberal Militarism to Authoritarian Conservatism. In: Akça, İsmet/Bekmen, Ahmet/Özden, Barış Alp (Hg.): Turkey Reframed. Constituting Neoliberal Hegemony. London, 122-140.

Bajomi-Lázár, Péter (2020): A patrónusi-kliensi médiarendszer. Magyarország 2010-2018. Budapest.

BİA News Desk (2019): Constitutional Court: Freedom of Expression of Academics for Peace Violated. In: Bianet, 26.7.2020 (www.bianet.org; 26.7.2019).

Drčeclić, Zora (2020): Političke posledice epidemije u Srbiji: Korona kampanje i dan posle. In: Vreme, 15.4.2020 (www.vreme.clm/cms/view.php?id=1774160&print=yes; 2.4.4.2020).

FAZ (2020): Orbán will ohne Parlament regieren. In: Frankfurter Allgemeine, 23.3.2020, 1.

#FreeTurkeyJournalists (2019): Turkey's Journalists in the Dock. Judicial Silencing of the Fourth Estate. Joint International Press Freedom Mission to Turkey (September 11-13, 2019). Wien.

Harsin, Jayson (2015): Regimes of Posttruth, Postpolitics, and Attention Economies. In: Communication, Culture & Critique, H. 8, 327–333.

Hermann, Rainer (2020): Künftig ohne Korrektiv. In: Frankfurter Allgemeine, 4.8.2020, 8.

Keller-Alánt, Ákos (2020): Jöttek lassan, de biztosan. In: Magyar Narancs, 30.7., 15-18.

Özkırımlı, Umut (2017): How to Liquidate a People? Academic Freedom in Turkey and Beyond. In: Globalizations, 14(6), 851-856.

Stemmelen, Éric (2019): Opération Macron. Cuesmes.

Vásárhelyi, Maria (2017): The Workings of the Media: A Brainwashing and Money Laundering Mechanism. In: Magyar, Bálint/Vásárhelyi, Julia (Hg.): Twenty-Five Sides of a Post-Communist Mafia-State. Budapest, 491-525.

Wiseman, Jamie (2020): European media freedom suffers under COVID-19 response. International Press Institute, 10.4.2020 (https://media/european-media-freedom-suffers-covid-19-response; 26.8.2020).